



NEWSLETTER 08/2018

# FORUM | MIGRATION



Foto: © momius – Fotolia.com

## Immer mehr Blue Cards

**Sie ist das Ticket für den europäischen Arbeitsmarkt: Die Blue Card EU. Knapp sechs Jahre nach der Einführung hat das BAMF erstmals eine Bilanz dieser Aufenthaltserlaubnis vorgelegt.**

Bis Ende März 2018 wurde sie für Deutschland an rund 76.800 Personen ausgegeben. Diese kamen hauptsächlich aus Indien (12.798), China (4.533) und Russland (3.567). Damit wurden für Deutschland 85 Prozent der EU-weit insgesamt vergebenen Karten ausgestellt. 50.000 der Empfänger sind noch im Land. Die Nachfrage nach Arbeitskräften befriedigt dies jedoch nicht.

Eine Studie des BAMF ergab 2016, dass zwei Drittel der Blue Card-Inhaber\_innen in Berufen der Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik arbeiteten, neun von zehn übten einen Beruf aus, der von der Bundesagentur für Arbeit auf die Liste der Mangelberufe gesetzt wurde. Das BAMF wirbt derzeit mit einer Kampagne für den Aufenthaltstitel.

Voraussetzungen sind ein Hochschulabschluss, eine Arbeitsplatzzusage sowie ein jährliches Mindest-

bruttogehalt von aktuell 52.000 Euro. Für die Mangelberufe wie IT-Fachkräfte, Ingenieur\_innen oder Ärzt\_innen gilt ein geringeres Mindesteinkommen von 40.560 Euro.

Die Vorteile der Blauen Karte sprächen sich immer mehr herum, sagt eine Sprecherin des BAMF der DPA. Die Karte ermöglicht es, schon nach 33 Monaten ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht in Deutschland zu bekommen. Wenn ein Sprachtest des Niveaus B1 bestanden wird, ist dies schon nach 21 Monaten möglich. Die Inhaber\_innen können zudem ihre Familie nachholen, auch wenn Ehepartner oder Kinder kein Deutsch können.

Allein 2017 wurden mehr als 21.700 Blue Cards ausgestellt. Etwa die Hälfte der Menschen kam auf diese Weise nach Deutschland. Die anderen waren so genannte Statuswechsler – sie haben beispielsweise hier studiert und im Anschluss die Karte beantragt. „Sie ist damit ein gutes Instrument, um Leute bei uns zu halten, die wir selbst ausgebildet haben“, so das BAMF.

Infoseite des BAMF zur Blue Card: <https://bit.ly/1f6rjEH>

### INHALT 08/2018

Immer mehr Blue Cards .....	1
„Anerkannt wurde mir nichts“ .....	2
Sechs Monate, null Cent .....	2
Forscher_innen: Aufnahmesystem ist zu kompliziert .....	3
Rücküberweisungen für 800 Millionen Menschen .....	3
Asyl: Wie hilfsbereit ist Deutschland? .....	3
News + Termine .....	4
„Schon das Wort ‚Betriebsrat‘ war tabu“ – Kommentar von Arthur Skorniakov, ver.di-Betriebsrat bei Booking.com in Berlin .....	5



## Porträt Anerkennung: Rodrigue Peguy Takou Ndie aus Berlin

### „Anerkannt wurde mir nichts“

Wie es einem Kameruner ergeht, der nach Deutschland kommt, was ihn aus seiner Heimat fort treibt und was ihn trotz allem in Deutschland hält – das hat Rodrigue Peguy Takou Ndie, 37, aus Bafoussam in Kamerun, aufgeschrieben. Im Juli erschien sein dritter Roman, „Die Suchenden“, im Unrast-Verlag, ein überaus präzises Panorama des Umgangs mit afrikanischen Asylsuchenden in Deutschland. Doch Ndie, der 2013 nach Deutschland kam, ist nicht nur Autor und Aktivist.

In seiner Heimat Kamerun studierte er Wirtschaftswissenschaften an der staatlichen Universität von Douala. Nach seinem Abschluss arbeitete er als Buchhalter. Auch in Kamerun ist das ein Lehrberuf. Mit seiner akademischen Qualifikation war Ndie dafür überqualifiziert. Und das ist Teil des Problems, sagt Ndie.

Er beschreibt sich als einer von zehntausenden Afrikaner\_innen, die nach Deutschland kamen, weil die Kleptokratien ihrer Länder ihnen dort das Leben unmöglich machten. „Es ist ein Gefühl der Monotonie. Alles ist immer gleich, politisch, die soziale Situation ist sehr statisch“, sagt er. „Ich habe, wie viele junge Menschen, lange erfolglos nach Arbeit gesucht. Alle leiden unter einer Regierung, die uns nicht nur keine Möglichkeiten gab, sondern uns auch noch jede Möglichkeit nimmt, die Dinge selbst zu gestalten. Das ist frustrierend. Anfangs sagt man sich noch: Naja, es gibt doch Redefreiheit, wir sagen ja, was wir wollen. Aber dieser Traum hört auf, sobald man Drohungen bekommt.“

So ging er fort, flog nach Deutschland. Als er ankam, merkte er schnell, dass das Leben hier nicht unbedingt leichter war. „Ich war fünf Tage in dem geschlossenen Internierungszentrum auf dem Frankfurter Flughafen“, sagt Ndie. „Die Verhöre waren lang und kompliziert, ich musste das Gleiche immer wieder verschiedenen Menschen berichten. Und ich hatte Angst zurückzumüssen.“

Doch schließlich bekam Ndie ein Aufenthaltsrecht, besuchte Sprachkurse. Ein erneutes Studium kam nicht infrage. Ndie wollte Geld verdienen. Und so bewarb er sich nach dem Bestehen des B2-Sprachtests für eine Ausbildung als Steuerfachangestellter – ein Beruf, der seiner früheren Tätigkeit ähnlich ist, aber durch das deutsche Steuerrecht doch ganz eigene Kenntnisse erfordert. „Aber anerkannt wurde mir nichts“, sagt Ndie, weder das Wirtschaftstudium noch die Berufserfahrung als Buchhalter. Er musste die Ausbildung in einem kleinen Steuerberaterbüro im Berliner Stadtteil Lichtenberg von Beginn an absolvieren, wie ein Schulabgänger. Abgeschreckt hat ihn das nicht. Und „trotzdem hat mir meine Berufserfahrung natürlich geholfen“, sagt er. Im nächsten Jahr will er seine Abschlussprüfung ablegen. Aber erst einmal geht es mit den „Suchenden“ auf Lesereise durch Deutschland.

## Sechs Monate, null Cent

**Die Bundesregierung startet eine „Konzertierte Aktion Pflege“. Ausländische Fachkräfte sollen dabei eine wichtige Rolle spielen. Doch die Vorstellungen, wie diese in den Pflegesektor integriert werden sollen, gehen weit auseinander.**

Auf 100 offene Stellen kommen derzeit nur 28 arbeitslos gemeldete Pfleger\_innen. Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU), Familienministerin Franziska Giffey und Arbeitsminister Hubertus Heil (beide SPD) haben ein Maßnahmenpaket angekündigt, um dem entgegenzuwirken. Ein Kernpunkt soll eine Verbesserung der Vergütung sein. Bislang gilt für 80 Prozent der Beschäftigten keine Tarifbindung. Ein Baustein sei die Fachkräfteanwerbung im Ausland, so Spahn. Besonders im Kosovo und in Albanien gebe es ein hohes Potenzial an jungen Fachkräften, sagte Spahn der Bild am Sonntag. „Dort ist die Pflegeausbildung häufig besser, als wir denken.“ Es gebe aber erhebliche Probleme bei der Visavergabe: „Was mich verzweifeln lässt: Diese ausgebildeten Fachkräfte müssen oft zehn Monate auf ein Visum für Deutschland warten. Diese Abläufe müssen wir beschleunigen.“ Auch die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse dauere zu lange.

Arbeitsminister Heil will für interessierte ausländische Fachkräfte ein Modell etablieren, das diesen keinerlei Planungssicherheit bietet. Er schlug vor, dass interessierte Ausländer für ein halbes Jahr nach Deutschland kommen könnten. „Bedingung: Sie erhalten keinen Cent aus den Sozialsystemen, und wenn sie nach den sechs Monaten keine feste Stelle als Pflegekraft haben, müssen sie wieder gehen“, sagte er der tagesschau.

Die Deutsche Stiftung Patientenschutz hält es für „sinnvoll, praxistaugliche Visabestimmungen zu erarbeiten“, um ausländisches Pflegepersonal zu gewinnen. Sie warnte allerdings vor einer Aufweichung der Sprachtests. „Es kann nicht sein, dass hierzulande Menschen in der Pflege arbeiten, die kaum ein Wort Deutsch verstehen“, sagte Vorstand Eugen Brysch der tagesschau. Am Niveau der Sprachtests dürfe nicht gerüttelt werden.

Auf regionaler und Unternehmensebene wird schon länger im Ausland rekrutiert. Herkunftsländer waren dabei vor allem Osteuropa, aber auch die Philippinen. Im sächsischen Ostritz starteten Träger und Pflegeheimbetreiber jetzt eine Anwerbeaktion in Vietnam. Vietnamesische Fachkräfte seien „durch die DDR-Geschichte im Bild der Gesellschaft bereits integriert und auch akzeptiert“, sagt Tinko Fritsche-Treffkorn von der DPFA Akademie in Görlitz der Sächsischen Zeitung. Auch der Klinikkonzern Asklepios nahm Mitte Juni am

Frankfurter Flughafen die ersten sechs von insgesamt 260 Intensiv- und OP-Pflegekräften aus den Philippinen in Empfang. Sie haben zuvor im Rahmen eines Asklepios-Intensivsprachkurses in Manila neun Monate lang Deutsch gelernt. Ärgerlich sei aus Sicht des Klinikbetreibers, dass die personelle Kapazität der Deutschen Botschaft in Manila nicht ausreiche, um die vielen Visums-Anträge zeitgerecht zu bearbeiten, heißt es in einer Erklärung des Konzerns. „Gerade erst ist die Bearbeitungsdauer von drei auf fünf Monate heraufgesetzt worden. Unsere Versuche, auf der Arbeitsebene mit den verantwortlichen Stellen im Auswärtigen Amt eine Lösung herbeizuführen, sind leider gescheitert“, sagte demnach Asklepios Konzerngeschäftsführer Kai Hankeln. Da ein Visum erst nach bestandener Sprachprüfung beantragt werden kann, bedeutet das für die Antragsteller bis zu fünf Monate zusätzliche Wartezeit.

Die Arbeitgeber fordern eine weitere Vereinfachung des Zuwanderungsrechts. Schwierigkeiten bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse seien die zentralen Hemmnisse für die Zuwanderung von Fachkräften aus Ländern außerhalb der EU, sagte der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Steffen Kampeter, der Rheinischen Post. „Hier muss die Politik für eine angemessene personelle und technische Ausstattung sorgen.“ Fachkräften mit Berufsausbildung müsse die Zuwanderung erleichtert werden.

Auch die Integrations- und Ausländerbeauftragten der ostdeutschen Länder haben eine schnellere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse gefordert. In der Praxis komme es immer wieder zu Verzögerungen bei der Bearbeitung der Unterlagen, heißt es in einer nach einem Treffen in Berlin veröffentlichten Erklärung. Insbesondere in Ostdeutschland fehle es an Fachkräften, auch wegen der zusätzlichen Abwanderung wegen der besseren Bezahlung in vielen westdeutschen Bundesländern.

Die Pflegewissenschaftlerin Gabriele Hohmann von der Universität Witten/Herdecke wandte sich dagegen, in großem Maßstab vergleichsweise kostengünstige Pflegekräfte aus anderen Ländern nach Deutschland zu holen. „Das wird das grundlegende Problem nicht lösen“, sagt sie. „Vielmehr muss es darum gehen, den Beruf wieder so attraktiv zu machen, dass auch hierzulande die Menschen wieder bereit sind, eine Ausbildung in diesem Bereich zu absolvieren oder in ihren ursprünglichen Beruf zurückzukehren.“ Bundeskanzlerin Merkel bezeichnete derweil das geplante Einwanderungsgesetz für Fachkräfte als „zentrales Projekt“. Deutschland habe auch in einfachen Berufen einen „großen Mangel“, so Merkel.



## Forscher\_innen: Aufnahmesystem ist zu kompliziert

**Viele Ankommende verirren sich zwischen Gesetzen und Behörden, auch auf dem Weg zum Arbeitsmarkt. Unterschiedliche Bundesland-Praktiken verschärfen das Problem. Das hat der Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen (SVR) in einer neuen Studie untersucht und fordert „zentrale Aufnahmestellen“.**

Flüchtlinge müssen die Regelungen, Abläufe und Institutionen des Asyl- und Aufnahmesystems möglichst gut kennen, schreiben die Forscher\_innen. Nur dann können sie selbstbestimmt handeln. Das entlaste wiederum das Unterstützungssystem von Staat und Zivilgesellschaft. Doch eben diese Kompetenz gebe es oft nicht: „Flüchtlinge verfügen häufig nur über geringe Systemkenntnis“, so die Studie, die der SVR gemeinsam mit der Robert Bosch Stiftung erstellt. Insgesamt wur-

den dafür 62 Asylsuchende befragt. Die Forscher\_innen machen für die Orientierungslosigkeit das „System an sich“ verantwortlich: Die Regelungen und Akteursstrukturen seien „sehr komplex“. Es sei nicht hilfreich, die Zahl von Akteur\_innen, die Informationen an Flüchtlinge vermitteln, weiter zu erhöhen. „Die Flüchtlinge müssen die Beratungsangebote auch kennen und ihnen vertrauen.“ Am wichtigsten sei dabei das persönliche Gespräch. Schriftliche Informationen könnten die persönliche Beratung lediglich ergänzen. Doch gerade zu Anfang werde das Gespräch durch die Sprachbarriere erschwert. Die beratende Person müsse nicht nur das nötige fachliche Wissen haben, sondern auch „kommunikative und interkulturelle Fähigkeiten“. Hier fehle es „mancherorts noch an entsprechenden Schulungsangeboten“, so die Studie. Für gute Beratung stehe nicht immer ausreichend Zeit zur Verfügung. Wo immer

möglich, sollten zentrale Anlaufstellen entstehen, um Flüchtlingen den Zugang zu erleichtern.

Länder und Kommunen hätten bei der Auslegung der bundesgesetzlichen Regelungen gewisse Spielräume. Diese sollten sie im Sinne der Flüchtlinge nutzen, um die Bestimmungen für Flüchtlinge nachvollziehbarer zu machen. Sprachbarrieren müssten gesenkt werden. Dazu sollten alle Flüchtlinge frühzeitig einen Sprachkurs besuchen können, unabhängig davon, woher sie kommen und wie ihr Aufenthaltsstatus ist. Damit wenden sich die Autor\_innen gegen das Bundesinnenministerium, das die Praxis, Asylsuchenden mit „schlechter Bleibeperspektive“ von Kursen auszuschließen, verschärfen will.

SVR Policy Brief Juni 2018: <https://bit.ly/2JNPRRX>

## Rücküberweisungen für 800 Millionen Menschen

**Die NGO Südwind hat eine Studie zu den enormen Wirkungen und Größenordnungen der Geldtransfers von Arbeitsmigrant\_innen veröffentlicht. Sie kritisiert, dass Arbeitsmigrant\_innen noch immer rund sieben Prozent für diese zahlen müssen.**

Im Jahr 2017 wurden demnach mehr als 460 Milliarden US-Dollar von Migrant\_innen in ihre Herkunftsländer im Globalen Süden überwiesen. Die Remittances genannten Zahlungen übersteigen in einer Reihe von Staaten die Zahlungen aus der Entwicklungszusammenarbeit. Deutschland sei im weltweiten Vergleich das viertgrößte und innerhalb der EU das mit Abstand größte Senderland. „Hei-

matüberweisungen sind aber immer noch zu teuer, sie sind immer noch zu langsam und viele Wege, über die Migrant\_innen das Geld schicken, sind zu unsicher“, sagt Pedro Morazán von Südwind. Er forderte, dass Migrant\_innen schnellere, günstigere und sicherere Möglichkeiten zur Verfügung gestellt werden, ihr Geld zu überweisen. „Jeder Euro, der beim Transfer von Geld gespart werden kann, kommt den Familien der Migrant\_innen zugute“, sagte Morazán.

Er erinnerte daran, dass auch die Vereinten Nationen eine Senkung der Transferkosten fordern. In ihrer aktuellen Entwicklungsagenda 2030, den so genannten Sustainable Development Goals (SDG),

wird angestrebt, durchschnittliche Kosten von maximal drei Prozent für grenzüberschreitende Geldtransfers weltweit zu erreichen. Von diesem Ziel ist die Weltgemeinschaft aktuell allerdings weit entfernt: Durchschnittlich müssen Arbeitsmigrant\_innen heute 7,1 Prozent Gebühren für Geldtransfers zahlen, so Südwind. „Die Zukunft geht dahin, dass wir durch neue Technologien Heimatüberweisungen optimieren können. Dabei geht es zum Beispiel um mobile Bezahlsysteme und Blockchains“, so Jannik Krone, Mitautor der Studie zu Heimatüberweisungen in einer Erklärung von Südwind. „Wir möchten thematisieren, wie mit sozialen Heimatüberweisungen die entwicklungspolitischen Wirkungen dieser Geldflüsse weiter gesteigert werden können.“

## Asyl: Wie hilfsbereit ist Deutschland?

**Die UN haben ihren Weltbericht zum Flüchtlingsschutz veröffentlicht. Deutschlands Bilanz ist ambivalent**

### Asylanträge weltweit in 2017: 1,7 Millionen, davon:

1. USA	331.700
2. Deutschland	198.300
3. Italien	126.500
4. Türkei	126.100

### Aufgenommene Flüchtlinge absolut

1. Türkei	3.500.000
2. Pakistan	1.400.000
3. Uganda	1.400.000
4. Libanon	998.900
5. Iran	979.400
6. Deutschland	970.400
7. Bangladesch	932.200
8. Sudan	906.600

### Aufgenommene Flüchtlinge je 1.000 Einwohner\_innen

1. Libanon	164
2. Jordanien	71
3. Türkei	43
4. Uganda	32
5. Tschad	28
6. Schweden	24
7. Süd Sudan	23
8. Sudan	22
9. Malta	19
10. Djibouti	18
(...)	
Deutschland	12,1

Quelle: UNHCR Global Report 2017





## News + Termine

### Hessen: Rumänische Bauarbeiter um Lohn betrogen

18 rumänische Bauarbeiter haben mit einer Aktion auf ihrer Baustelle in Neu-Isenburg bei Frankfurt gegen Lohnbetrug protestiert. Die Männer hatten seit Anfang April dort Reihenhäuser gebaut und lediglich für Mai geringe Vorschüsse erhalten. Die IG BAU bezifferte den Lohnanspruch für Mai auf über 62.000 Euro, von denen zunächst nur 14.000 Euro in Form von Abschlägen ausbezahlt worden seien. Auftraggeber des Neubaus ist die Gewobau Neu-Isenburg, die in Kooperation mit der GWH Bauprojekte agiert. Die Gewobau gehört der Stadt Neu-Isenburg, die GWH zum Helaba-Konzern. Die öffentliche Hand ist somit der rechtlich und wirtschaftlich verantwortliche Auftraggeber. „Es ist ein Skandal, dass die Arbeiter seit Wochen auf ihren Lohn warten. Sie befürchten, dass sie von ihrem Arbeitgeber überhaupt nichts mehr bekommen“, sagte der Vorsitzende des DGB Bezirk Hessen-Thüringen, Michael Rudolph. „Mit solchen Geschäftsmodellen, die auf Betrug und Ausbeutung basieren, wird ein Schmutzwettbewerb betrieben, der ehrlich kalkulierende Betriebe aus dem Markt drängt“, so Rudolph. Das Hessische Vergabe- und Tariftreugesetz müsse reformiert werden. „Wir haben die schwarz-grüne Landesregierung immer wieder aufgefordert, eine landeseigene Kontrollbehörde für die öffentliche Auftragsvergabe einzurichten, um staatliche Aufträge – und das zielt insbesondere auf den Baubereich – zu kontrollieren.“

### GEW: Deutsch-Dozent\_innen sehr oft prekär beschäftigt

Statistisch erfasst sind sie nicht. Doch ein „erheblicher Teil“ der 400.000 Weiterbildungsbeschäftigten auf Honorarbasis arbeitet nach Schätzungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Bereich Deutsch als Fremdsprache/Zweitsprache. Die meisten seien „prekär beschäftigt, auf Honorarbasis, ohne arbeitsrechtlichen Schutz und mit unzureichender sozialer Sicherung“, so Oliver Brüchert, Koordinator Tarif- und Beamtenpolitik beim GEW Hauptvorstand. Viele Sprachlehrkräfte an Hochschulen werden zudem auf Basis von Lehraufträgen beschäftigt. Als Lehrbeauftragte erhalten sie pro Unterrichtsstunde eine Vergütung, die meist irgendwo zwischen 20 und 45 Euro liegt; Vor- und Nachbereitung sind damit abgegolten. In den vorlesungsfreien Zeiten erhalten sie keine Bezahlung. Ihre Sozial- und Krankenversicherung müssen Lehrbeauftragte komplett selbst finanzieren. Sie haben keinen Anspruch auf Weiterbeschäftigung, können also stets nur von Semester zu Semester planen. Um ein vergleichbares Nettoeinkommen wie eine Lehrkraft für besondere Aufgaben zu erzielen, müssten sie wäh-

rend des Semesters bis zu 60 Stunden die Woche unterrichten – und während der vorlesungsfreien Zeit ihr Geld an einem anderen Arbeitsplatz verdienen. „Mit dem Einsatz von Lehrbeauftragten im Sprachunterricht schaffen die Hochschulen in großem Umfang prekäre Beschäftigungsverhältnisse in Vollzeit“, so Brüchert.

 <https://bit.ly/2NueHss>


### Rheda-Wiedenbrück: Fleischarbeiter wollen bleiben

Die Stadtverwaltung hat die Lebens- und Arbeitsbedingungen südosteuropäischer Arbeitnehmer in Rheda-Wiedenbrück untersucht. In der Region gibt es große Fleischbetriebe, die viele Arbeiter\_innen aus Polen, Bulgarien und Rumänien meist sehr prekär beschäftigen. Für die qualitative Untersuchung wurden 48 von ihnen befragt. Die Untersuchung ergab, dass zumeist jüngere, eher gering bis sehr gering qualifizierte Südosteuropäer nach Rheda-Wiedenbrück zuwandern, um überwiegend im Niedriglohnssektor zu arbeiten. Die Mehrheit beabsichtigt, langfristig in Deutschland zu bleiben, viele Befragte hätten ihre Familien und Kinder schon nachgeholt. Die Interviewten lebten meist in relativer Armut, was unter anderem daran liege, dass sie trotz niedrigen Einkommens hohe Geldsummen zu Verwandten in die Heimat transferieren würden. Bei der Vorstellung der Studie kritisierten Ratsvertreter\_innen „exorbitant überhöhte Mieten, mit denen hier Menschen in ihrer Notsituation ausgenutzt werden“, berichtet das Lokalmagazin Die Glocke. Die Befragung habe ergeben, dass die osteuropäischen Zuwanderer\_innen für ihre Wohnungen 144 Euro bis 374,25 Euro mehr bezahlen, als ortsüblich.

 <https://bit.ly/2zXE9of>

### Neuer Film: „A woman captured“ kommt in die Kinos

Die ungarische Filmemacherin Bernadett Tuza-Ritter hat anhand des Falles einer Frau, die 10 Jahre als Sklavin im Haushalt gehalten wurde, die Ausbeutung in der Arbeitswelt, moderne Sklaven in Europa und Menschenrechtsverletzungen untersucht.

 <http://awomancaptured.com/>

### Studie von Unternehmensberatern: Jeder sechste Flüchtling „High Potential“

Etwa zwei von drei Flüchtlingen in Deutschland verfügen über die Grundvoraussetzungen für einen schnellen Einstieg in einen Beruf oder eine Weiterbildung. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Unternehmensberatung Roland Berger für die UNO-Flüchtlingshilfe. Das berichtet das Wirtschaftsmagazin ‚Capital‘ (Ausgabe 7/2018). „Im Gegensatz zu

bestehenden Annahmen zeigt sich, dass ein achtbarer Anteil der Flüchtlinge durchaus gewinnbringend und vergleichsweise zügig in den Arbeitsmarkt integriert werden kann“, heißt es in der Analyse, die auf Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) basiert. Damit widerspricht die Studie der verbreiteten Erwartung, dass die rund eine Million seit 2015 angekommenen Flüchtlinge im erwerbsfähigen Alter äußerst geringe Job-Chancen haben.

### Termine

#### Tagung Managing Diversity Plus

04. September 2018

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Düsseldorf

#### Workshop „Keine Panik vor Dynamik“

06. September 2018

Veranstaltungsort: Düsseldorf

#### Grundlagenseminar im Rahmen der Ausbildung zur betrieblichen Fachkraft ANERKENNUNG

16. bis 21. September 2018

Veranstaltungsort: Steinbach/Taunus

#### Unterstützung von Auszubildenden mit Fluchterfahrung im Betrieb

20. September 2018

Veranstaltungsort: Steinbach/Taunus

#### Fachkraftausbildung: Fachkraft Kulturelle Vielfalt

25. bis 29. September 2018

Veranstaltungsort:

Modul 1: Steinbach

Modul 2: Bonn

#### Mentor\_innentraining Berlin-Brandenburg und Sachsen

26. bis 27. Oktober 2018

Veranstaltungsort: Berlin

#### NORD: Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt

16. bis 17. November 2018


Veranstaltungsort: Hamburg

#### Vertiefungsseminar – Demographischer Wandel im Gesundheitswesen – Rettet uns das Anerkennungsgesetz?

27. September 2018

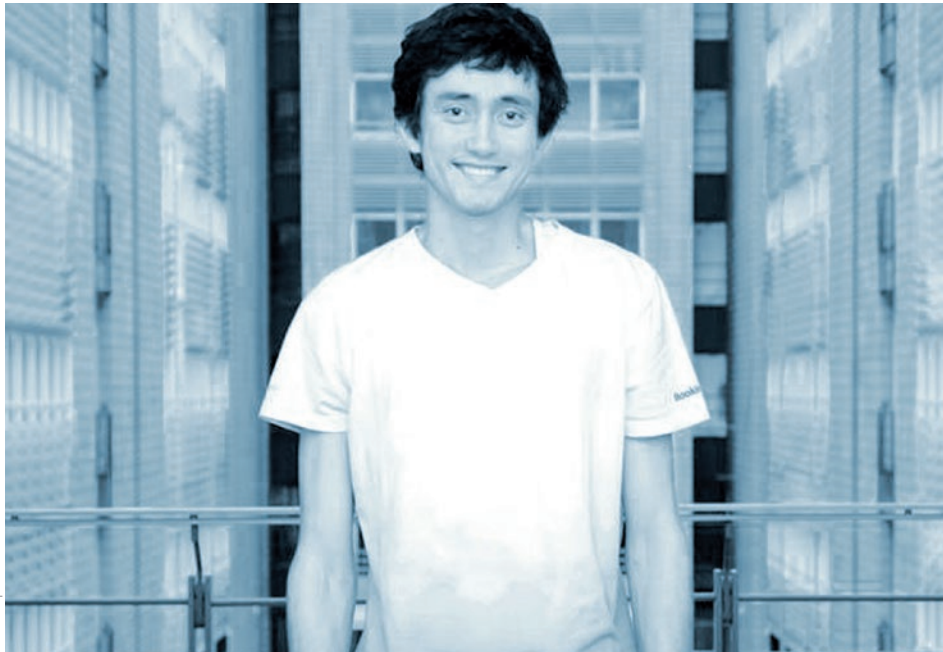
Veranstaltungsort:

DGB Bildungszentrum Düsseldorf, Studio 1

 Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:  
<http://bit.ly/1jv9okq>



# „Schon das Wort ‚Betriebsrat‘ war tabu“



© Foto: privat

## Kommentar von Arthur Skorniakov, ver.di Betriebsrat bei Booking.com in Berlin\*

Ein international tätiger Buchungskonzern wie Booking.com hat Kunden aus der ganzen Welt. Viele von denen melden sich im Callcenter in Berlin. Entsprechend werden die Beschäftigten hier oft wegen ihrer Muttersprache eingestellt, in der sie mit den Kund\_innen sprechen sollen.

Bei mir war es beispielsweise Russisch. Ich stamme aus Kirgisien, bin 2012 nach Berlin gezogen und habe kurz danach bei Booking.com angefangen. In dem Berliner Callcenter, in dem ich Betriebsrat bin, arbeiten 1.000 Menschen mit 80 Nationalitäten, die 40 Sprachen sprechen. Im Betriebsrat sind wir 13; davon sind nur zwei ursprünglich Deutsche, zwei sind eingebürgert, der Vorsitzende kommt aus Indonesien. Diese enorme Vielfaltigkeit ist interessant und gleichzeitig eine enorme Herausforderung.

Die meisten Kolleg\_innen sind neu in Berlin und in Deutschland. Viele wissen gar nicht, was ein Betriebsrat oder was eine Gewerkschaft ist oder sie denken, beides sei dasselbe. Das kommt nicht von ungefähr. Denn in vielen Ländern gibt es beides überhaupt nicht, oder nicht in einer vergleichbaren Form. Das macht unsere Arbeit nicht immer leicht.

Die psychischen Belastungen am Arbeitsplatz sind hoch. Das schlägt sich in der Gesundheit nieder. Die Krankheitsrate liegt für einen Verwaltungsbetrieb sehr hoch. Die Geschäftsführung verdichtet die Arbeit aber weiter – wer das nicht aushält, kann ja gehen. Doch viele der Kolleg\_innen haben fast keine andere Wahl, als hier zu arbeiten. In Berlin ist es nicht leicht Arbeit zu finden, wenn man wenig Deutsch spricht

oder als Ausländer\_in keine anerkannte Qualifikation hat. Für viele ist der Job bei Booking.com deshalb der Einstieg in den Arbeitsmarkt. Die Firma weiß das und sie nutzt dies aus. Es gibt eine große Fluktuation im Unternehmen. Über die Hälfte aller Beschäftigungsverhältnisse sind befristet. Das hat natürlich damit zu tun, dass das Unternehmen sich zu jeder Zeit darauf verlassen kann, dass es auf dem Arbeitsmarkt immer viele Menschen gibt, die neu einsteigen können. Das bietet enorme Möglichkeiten, die Beschäftigten zu disziplinieren, nicht zuletzt, weil es die betriebliche gewerkschaftliche Organisation behindert, denn wer nur kurz bleibt, ist für unsere Ansprache nicht sehr zugänglich.

Jede und jeder fängt mit einem befristeten Vertrag an, für ein Jahr. Für diese Befristungen gibt es keinen Sachgrund, sie sind „sachgrundlos“, wie es heißt. Wir hoffen sehr darauf, dass die Große Koalition dies unterbindet. Aber bis jetzt ist das nicht in Sicht. Verlängert wird der Vertrag abhängig von den Leistungen. Dazu zählt nicht nur die Arbeit, die mit Computern haarklein erfasst wird. Dazu zählt auch, wie oft man sich krank meldet. Kolleg\_innen berichten uns dies von den Gesprächen mit den Vorgesetzten. Das ist nicht erlaubt, aber wir können dagegen kaum vorgehen, weil es den Kolleg\_innen nur mündlich gesagt wird. Und viele werden direkt in der Probezeit gekündigt, da haben wir überhaupt kein Mitspracherecht.

Als ich hier angefangen habe, gab es keinen Betriebsrat. Wir haben den dann gegründet, trotz großer Widerstände. Vor allem die direkten Vorgesetzten haben sehr viel Druck gemacht, etwa wenn wir während der Arbeitszeit mit Kolleg\_innen sprechen wollten. Sie haben dann behauptet, dass wir das

nicht dürfen. Schon das Wort Betriebsrat war tabu, von Gewerkschaft ganz zu schweigen. Die Kultur hat sich mittlerweile etwas verändert. Trotzdem gibt es immer noch Probleme, wenn die Kolleg\_innen zur Sprechstunde kommen wollen. Sie müssen schließlich für jede Minute per Code im Computer eingeben, was sie getan haben. Und wer nur befristet angestellt ist, überlegt es sich eben, ob er oder sie so „auffallen“ will.

Eines der wichtigsten Probleme, mit denen wir uns befassen, sind die Arbeitszeiten. Die erste fängt um sieben Uhr an, mit der letzten ist man um halb zwölf fertig. Die Schichten wechselten immer. Das ist nicht ergonomisch, es schadet der Gesundheit. Es betrifft Nicht-Deutsche noch einmal besonders: Für sie ist es sehr wichtig, schnell die Sprache zu lernen, sie müssen dafür regelmäßig zum Deutschkurs gehen. Doch wer in unregelmäßigen Schichten arbeitet, kann das nur bedingt. Wir haben uns dafür eingesetzt, diese Arbeitszeiten in eine bessere Balance zu bringen. Wir sehen es als großen Erfolg, dass es nun drei Korridore gibt, zwischen denen man sich entscheiden kann und dann für ein Jahr fixe Schichten bekommt. Das gibt allen Stabilität.

\* Bcom GmbH Customer Service Center Deutschland

## IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.  
Vorsitzende: Elke Hannack  
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber  
Koordination: Michaela Dälken  
Redaktion: Christian Jakob, Berlin  
Layout/Satz: ideaal, Essen  
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.  
Bereich Migration & Gleichberechtigung  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf  
Telefon 02 11/43 01-1 88  
Telefax 02 11/43 01-1 34  
migration@dgb-bildungswerk.de  
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM

